

Organspende: Gegner der Widerspruchslösung fordern Spenderdatei

Berlin, 28.11.2018, 05:00 Uhr

GDN - Die Gegner einer Widerspruchslösung im Bundestag fordern die Einrichtung einer zentralen Spenderdatei, um potenzielle Organspender künftig schneller erkennen zu können. Der CSU-Gesundheitsexperten Stephan Pilsinger sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (Mittwochausgaben), der Vorschlag gehöre zu einem Bündel von Maßnahmen, auf die sich Abgeordnete von Union, SPD, Grünen, FDP und Linkspartei geeinigt hätten.

Die Parlamentarier plädieren den Angaben zufolge in ihrem Gegenantrag zudem dafür, die Bürger intensiver als bisher über die Organspende zu informieren, etwa bei der Beantragung eines Personalausweises oder Reisepasses. Ärzte sollen für Aufklärungsgespräche Geld von den Krankenkassen erhalten. Die in der Gruppe zunächst diskutierte Entscheidungslösung, wonach jeder Bürger verpflichtet werden soll, verbindlich seine Haltung zur Organspende zu erklären, fand dagegen keine Mehrheit. Der Bundestag berät am heutigen Mittwoch in einer sogenannten Orientierungsdebatte erstmals den Vorstoß von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), die Regeln bei der Organspende zu ändern. Während derzeit einer Spende ausdrücklich zugestimmt werden muss, soll künftig jeder Bürger Organspender sein, solange er nicht ausdrücklich widerspricht. Die Gegner kritisieren die Widerspruchslösung als unzulässigen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht. Der Medizinrechtler Thomas Gutmann von der Universität Münster forderte deshalb eine grundlegende Reform des Transplantationssystems in Deutschland. Die Bundesärztekammer und die Stiftung Organtransplantation hätten als Verantwortliche das System "komplett gegen die Wand gefahren", sagte Gutmann dem RND. Die Bilanz des 1997 in Kraft getretenen Transplantationsgesetzes sei katastrophal. "Vor dem Inkrafttreten gab es in Deutschland wie in Spanien 16 Spender pro eine Million Einwohner im Jahr. Heute haben wir neun, Spanien hat 40", sagte er. "Bei uns sterben Menschen auf der Warteliste, die in anderen Ländern überleben würden." Gutmann forderte, das gesamte Transplantationswesen zentral durch ein Bundesinstitut zu steuern. Zudem solle der Bundestag und nicht die Bundesärztekammer die Grundsatzentscheidungen über die Organverteilung treffen. "Die Frage, wer weiterleben kann, weil er ein Organ bekommt, und wer nicht weiterleben darf, weil er keines erhält, ist eine der furchterlichsten Entscheidungen, die in Friedenszeiten zu treffen ist. Nach dem Grundgesetz kann sie deshalb nur der Bundestag verantworten", sagte Gutmann.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-116027/organspende-gegner-der-widerspruchsloesung-fordern-spenderdatei.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619